

Demokratieförderung 2025



Die Partnerschaft für Demokratie der Hansestadt Stendal und ihrer Ortsteile ist ein Zusammenschluss von Personen aus Vereinen, Initiativen, Interessenvertretungen, Jugendforum, Fraktionen des Stadtrates sowie der Stadtverwaltung. Übergeordnete Ziele der Demokratiepartnerschaft sind zur Stärkung der Demokratie sowie eines friedlichen, respektvollen Zusammenlebens beizutragen, Teilhabe zu fördern und die Arbeit gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit zu ermöglichen. Zur Erreichung dieser Ziele bietet die Partnerschaft für Demokratie eine jährliche Projektförderung an.

Unsere Fachstelle berät Sie gern zu förderfähigen Projektinhalten sowie Finanzierungsmöglichkeiten

KinderStärken e.V.

Institut an der Hochschule Magdeburg-Stendal

Alexander Wittwer

Mobil: +49 (0) 178 28 28 836

E-Mail: pfd-stendal@kinderstaerken-ev.de

Web: www.demokratie-stendal.de

Alle, die sich für die Förderung des demokratischen Engagements, die demokratische Gestaltung sowie die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt oder gegen die Verbreitung menschenverachtender Ideologien in der Hansestadt Stendal oder den Ortsteilen engagieren, können eine Förderung beantragen.

Projekte und Maßnahmen **bis zu 600€** können **fortlaufend beantragt** werden.

Bis zu **4.500€** können Vereine und gemeinnützige Organisationen mit „ordentlicher Geschäftsführung“ beantragen. Es gilt folgende **Bewerbungsfrist: 28.02.2025**. Über die Förderung der eingereichten Projektideen entscheidet das Bündnis der Partnerschaft für Demokratie der Hansestadt Stendal voraussichtlich im März 2025.

Näheres regelt das Antragsformular unter: www.demokratie-stendal.de

Bitte beachten: Im Falle einer Zuwendung wird diese als Festbetragsfinanzierung gewährt. Darüber hinaus dienen Maßnahmenpauschalen zur Deckung der Ausgaben, die mit der Durchführung des Vorhabens in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen, dem Zuwendungszweck dienen und sich an einen bestimmten Teilnehmendenkreis richten. Es besteht kein genereller Anspruch auf Erhalt der Förderung. Eingereichte Projektanträge werden geprüft und gemäß der Projektziele und [Förderrichtlinie des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“](#) bewertet und entschieden. **Wir empfehlen, sich von unserer Fachstelle beraten zu lassen!**

Ziele:

Leitziel: Alle Bewohner*innen können sich gleichberechtigt in die demokratischen Entscheidungsprozesse zur Gestaltung des Lebens in der Hansestadt Stendal und den Ortsteilen einbringen. Um das zu erreichen, verfolgen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung der Hansestadt Stendal und ihrer Ortsteile folgende Teilziele/Strategien:

1. Verbesserung des Verständnisses und Interesses aller Bevölkerungsgruppen an demokratischer Teilhabe und Mitbestimmung. Maßnahmen werden gefördert, die

- 1.1. ... dazu beitragen, dass Bewohner*innen Stendals ihre Menschen- und Grundrechte kennen sowie den Wert demokratischer Verhältnisse und gesellschafts-/politischem Engagements für sich erkennen.
- 1.2. ... Menschen motivieren, ihr Recht auf gesellschaftspolitische Teilhabe und Engagement sowie kommunalpolitische Mitbestimmung zu nutzen.
- 1.3. ... innovative Möglichkeiten zur Beteiligung von Bürger*innen an demokratischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene schaffen.
- 1.4. ... zur Erhöhung der Wahlbeteiligung beitragen.

2. Verbesserung der Chancengleichheit verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen. Maßnahmen werden gefördert, die

- 2.1. ... dazu beitragen, dass alle Bevölkerungsgruppen als gleichwertiger Teil unserer Gemeinschaft wertgeschätzt werden und dazu Begegnung und Austausch zwischen verschiedensten Menschen sowie Verständnis, Fachwissen, Anlässe, Begegnungsorte und Treffpunkte schaffen.
- 2.2. ... Diskriminierung und Ausgrenzung kritisch und fachlich bearbeiten. Dazu gehört insbesondere die Abwertung von erwerbslosen bzw. von Armut betroffener Menschen sowie von Menschen mit Beeinträchtigungen.
- 2.3. ... dazu beitragen, Mitbestimmung für Menschen zu ermöglichen, die gesetzlich nicht an freien Wahlen teilnehmen und sich nicht in Parlamenten engagieren dürfen (bspw. Kinder und Jugendliche, in Stendal lebende Ausländer),
- 2.4. ... zu einem gleichberechtigten Verhältnis zwischen den Ortsteilen und der Hansestadt Stendal beitragen.

3. Erhöhung der Kompetenzen und des Engagements zur kritischen Auseinandersetzung mit Ideologien, die sich gegen demokratische Grundwerte richten (bspw. Rechtsextremismus). Maßnahmen werden gefördert, die

- 3.1. ... Institutionen und Personen befähigen und motivieren, diskriminierende, menschen- und grundrechtsverachtende und demokratiefeindliche Ideologien zu erkennen und sich dagegen einzusetzen.
- 3.2. ... dazu beitragen, diesen Ideologien öffentlich zu widersprechen.

4. Die Ökologische Grenzen der Erde respektieren. Maßnahmen werden gefördert, die

- 4.1. ... dafür sensibilisieren, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren und nachhaltig zu nutzen.